

Heute in der Zeitung

Politik

Pforzheims Klage gegen JP Morgan

Im Streit über verlustreiche Geschäfte mit Zinswetten schlägt das Landgericht Frankfurt einen Vergleich vor. SEITE 5

Zweifelhafte Wahlen in Kasachstan

OSZE-Beobachter werfen dem Präsidenten Manipulation und die Einschränkung von Grundrechten vor. SEITE 6



Aus aller Welt

Tierische Golden Globes

Bei den amerikanischen Filmpreisen holen nicht nur Superstars die Trophäen – sondern auch ein Hund. SEITE 8

Wirtschaft

BASF verlagert Gentechnik

Die Zentrale des Geschäftsbereichs zieht von Rheinland-Pfalz in die Vereinigten Staaten. SEITE 11

Das Personal wird drastisch gekürzt

Die drei deutschen Werke des insolventen Druckmaschinenherstellers Manroland werden wohl erhalten. SEITE 12

Entdecken

Der lange Kampf um die Kernfusion

In Südfrankreich soll einmal ein Testreaktor zeigen, dass sich mit der Kernfusion Strom erzeugen lässt. Das Projekt wird teuer und langwieriger als gedacht. SEITE 16

Stuttgart & Baden-Württemberg

Rot-grüne Pläne im Blick auf OB-Wahl

Stuttgarts Parteien stecken die Strategien für die OB-Wahl im Oktober ab. Auch Bündnisse sind ein Thema. SEITE 19

Neuer Streit über die Kirchenfenster

Die Heilbronner Kilianskirche braucht neue Fenster – doch jetzt meldet sich der Enkel ihres Schöpfers zu Wort. SEITE 23

Reportage

Stuttgarts einziges Hausboot

Die Künstlerin Sabine Tauchert verwandelt einen alten Kahn in ein schickes Zuhause. Ein Besuch auf dem Neckar. SEITE 24

Kultur

Zwei Erste Solisten verlassen Ballett

Katja Wünsche und William Moore kehren Stuttgart den Rücken und tanzen demnächst in Zürich. SEITE 25

Wolff ermittelt wieder

Jürgen Heinrich war als TV-Ermittler Andreas Wolff eigentlich tot. Im Interview erklärt er sein Comeback. SEITE 27



Sport

Lakic zieht es zum VfB

Der Wolfsburger Stürmer Srdjan Lakic lässt mitteilen, dass er zum VfB will. Das letzte Problem ist die Ablöse. SEITE 32

Kommentare

Schulkindbetreuung Die Einrichtung von Schülerhäusern ist ein gutes Signal an die Eltern, meint Inge Jacobs. SEITE 17

Bachakademie Rademanns Nominierung ist richtig, meint Götz Thieme. Jetzt fehlt noch der richtige Intendant. SEITE 25

Rubriken

Impressum _____ 10 Fernsehprogramm _____ 27
Familienanzeigen _____ 15 Was Wann Wo _____ 29
Notfallnummern _____ 21

stuttgarter-zeitung.de

Bilderalbum von Tülay Schmid

Eine Brücke zwischen den Kulturen

Tülay Schmid, Ehefrau von Nils Schmid, hat für uns ihr Fotoalbum geöffnet. Es erzählt mehr als eine Familiengeschichte.
www.stuttgarter-zeitung.de/foto



Stadtkind-Kolumne

Max Herre rappt wieder

Der Musiker Max Herre ist ein Kind Stuttgarts. Zu den Hip-Hop-Open kehrt er mit einer Überraschung zurück.
www.stuttgarter-zeitung.de/stadtkind

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

Telefon
Zentrale und Redaktion _____ 0711/72 05-0
Anzeigen _____ 0711/72 05-21
Leserservice _____ 0711/72 05-61 61
Probe-Abonnement _____ 0 80 00 14 14 14

Online
www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digital
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen

Fax
Redaktion _____ 07 11/72 05-12 34
Anzeigen _____ 0 18 03/08 08 08*
Leserservice _____ 0711/72 05-61 62
* 0 18 03: 0,09 Euro/Min.
Preise aus dem dt. Festnetz,
Mobilfunkhöchstpreis 0,42 Euro/Min.

E-Mail
Redaktion: redaktion@stz.zgs.de
Anzeigen: anzeigen@stz.zgs.de
Leserservice: service@stz.zgs.de

Redaktion Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Leserservice Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart
Anzeigen Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart
Chiffre Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 27, 70039 Stuttgart

Furcht vor Ungarns Staatsbankrott

Tagesthema

Konflikt Ungarn steht wegen des Konfrontationskurses seiner rechtspopulistischen Regierung am Rande des Staatsbankrotts. Ministerpräsident Viktor Orbán hat viel Kredit verspielt, die EU könnte schon heute Verfahren wegen Vertragsverletzungen einleiten. Von Thomas Roser



Ein misstrauischer Populist am Scheideweg: Viktor Orbán.

Foto: ddp

NÄCHSTER KRISENHERD: UNGARNS BANKEN

Abwertung In Ungarn sind vor allem österreichische Banken engagiert. Doch jetzt muss auch die BayernLB den Buchwert ihrer ungarischen Tochter MKB drastisch nach unten korrigieren. Ein Grund sind die sogenannten Franken-Kredite. Jahrelang hatten Ban-

ken Häuserkredite in Fremdwährungen – besonders in Schweizer Franken – ausgegeben. Doch in der Finanzkrise stieg der als sicher geltende Franken. Der Kurs kletterte und mit ihm die Zinsbelastung der Häuselbauer in Ungarn – mit dramatischen Folgen.

Befreiungsschlag Jetzt erlaubt ein Gesetz, die Raten um bis zu einem Viertel unter dem Marktwert der Fremdwährung zu zahlen, die Differenz müssen die Banken tragen. Die Belastungen für Ungarns Banken könnten sich auf 2,5 Milliarden Euro belaufen. dpa

Maxime gemacht. Ausgestattet mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit schien er bei der systematischen Aushöhlung der Gewaltenteilung auf in- und ausländische Proteste keine Rücksicht nehmen zu müssen.

Ob bei der Entmachtung des Verfassungsgerichts, der Zwangsverstaatlichung der privaten Rentenversicherung, der Blitzverabschiedung der umstrittenen Verfassung oder dem Versuch, per Gesetz die privaten Medien zu zähmen: Lange beließen es die EU-Partner und Brüssel bei zahmen Mahnschreiben, oder gaben sich mit kosmetischen Änderungen zufrieden. Doch

beim Geld hört Europas traditioneller Langmut auf: Mit der Verabschiedung des neuen Notenbankgesetzes scheint auch für Brüssel die Grenze des Erträglichen überschritten zu sein.

Gegen die ausdrückliche Warnung der Kommission und des IWF, nicht auch noch die unabhängige Notenbank unter ihre Kontrolle zu bringen, ließ die Regierung das umstrittene Gesetz unmittelbar vor dem Jahreswechsel durch das Parlament peitschen. „Wir werden all unsere Macht nutzen, um sicherzustellen, dass Ungarn europäisches Recht und unsere Werte respektiert“, kündigt Kommissionschef

Barroso nun erbot an. Ob den drohenden Worten dieses Mal Taten folgen, muss sich weisen. Am heutigen Dienstag will die Kommission darüber beraten, ob sie Verfahren wegen der Verletzung von EU-Verträgen einleitet. Gleich drei Verfahren und die Einbehaltung von Fördergeldern wegen Ungarns „exzessiven Defizits“ hatte die Kommission angekündigt. Und auch die Verweigerung von Krediten könnte Orbán hart treffen. Denn auf die Geldspritzen des IWF, auf dessen Dienste er 2010 noch verzichtet hatte, ist er nun dringend angewiesen.

Scheinbare Gesprächsbereitschaft hat der bislang so patzige Premier nun signalisiert: „Wir sind bereit, über jede Sache zu verhandeln.“ Doch nicht nur die Analysten in Budapest rätseln, ob Orbán sich wieder einmal in taktischen Finten übt, ob er tatsächlich zu Kurskorrekturen bereit ist – oder ob er das Land gar gegen die Bankrott-Wand fahren könnte.

Mit düsteren Verschwörungen des internationalen Kapitals erklärt Orbán selbst das katastrophale Rating Ungarns auf den Finanzmärkten. Zu Fürbitten für den bedrängten Premier ruft derweil sein Parteifreund Szilard Nemeth auf. Innenminister Sándor Pintér droht dem Journalisten Attila Mongar eine mehrjährige Freiheitsstrafe an: Mit der Veröffentlichung des ihm zugespielten Warn-Schreibens von Barroso an Orbán habe sich der Blogautor des Bruchs des Briefgeheimnisses schuldig gemacht.

In Budapest mehren sich die Protestdemonstrationen. Und auch im Land hat das ermattete Publikum von dem mit patriotischen Floskeln verbrämten Gemurkse auf der Regierungsbank mehr und mehr genug: Nur 16 Prozent der Wahlberechtigten stehen laut neuesten Umfragen noch hinter Orbán. Die schwache Opposition vermag von dessen gesunkenem Stern aber kaum zu profitieren. Weil die ernüchterte Mehrheit der Ungarn ohnehin nicht mehr wählen mag, käme Fidesz noch immer auf 39 Prozent der Stimmen.

Immer mehr Ungarn stimmen lieber mit den Füßen ab: Die Sorge um das eigene Geld treibt Sparer stets häufiger über die Grenze. Von einem ungekannten Andrang bei den Banken, berichten die österreichischen Medien. Die Einlagen ungarischer Bürger hätten sich bereits 2011 verdoppelt, so Christian Jauk, der Vorstandschef der „Bank Burgenland“.

Aus dem verschlafenen Mohacs scheinen die Kapitalflüchtlinge nicht zu stammen. Verstärkte Geldtransfers ins Ausland oder eine Flucht in die Devisen sei bisher nicht festzustellen, versichert die Geschäftsführerin der Filiale der Raiffeisenbank: „Bei uns ist alles normal.“ Einen größeren Andrang oder verstärktes Abstoßen des schwindsüchtigen Forint habe sie trotz Krise noch nicht bemerkt, versichert auch die Dame in der Wechselstube „Apropos“. „Die Leute hier haben ohnehin kaum etwas, was sie noch umtauschen könnten.“

„Die Politik der Regierung ist irrational“

Herr Kreko, Ungarns Regierung scheint fast mit der ganzen Welt auf Kriegsfuß zu stehen. Was treibt sie zu diesem Konfrontationskurs?
Die Politik von Ungarns Regierung ist völlig irrational, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch innenpolitisch gesehen. Sie wittert überall Verschwörungen, sagt, sie lasse sich nichts diktieren – weder von Washington noch von Moskau oder Brüssel.

Wird der Schuldendruck Premier Viktor Orbán zum Einlenken zwingen?

Starker Druck hinter den Kulissen ohne einen öffentlichen Frontalangriff wären sicherlich effizienter gewesen. Die Regierung wäre in der Lage gewesen, die umstrittenen Gesetze ohne Gesichtverlust abzuändern. Doch andererseits waren die Vorbedingungen des IWF für ein neues Kreditabkommen klar. Wenn die Regierung das Zentralbankgesetz nicht noch unmittelbar vor Jahresende verabschiedet hätte, wäre sie nun in einer wesentlich besseren Position. Doch sie winkte das Gesetz durch – und hat dafür nun einen hohen Preis zu zahlen.

Inwiefern?

Wenn die Regierung nun die Bedingungen des IWF doch noch akzeptiert und die Gesetze ändert, wird sie dafür innenpolitisch einen hohen Preis zahlen müssen. Und der Premier müsste versuchen, sein angeschlagenes Image bis zu den nächsten Wahlen wieder aufzupolieren. Eine andere Option wäre die, dass Orbán abtritt und ein eher technokratisches Kabinett unter Fidesz-Kontrolle die schmutzige Arbeit der verordneten Sparprogramme machen ließe: Dies würde ihm die Chance gehen, zu einem späteren Zeitpunkt wieder mit „sauberen Händen“ in die Politik zurückzukehren.

Interview Die Mehrheit der Ungarn stehe keineswegs mehr hinter der Politik der Regierung Orbán, sagt der Budapester Politologe Peter Kreko.

Und was passiert, wenn Ungarns Regierung die Bedingungen des IWF und der EU ablehnt?

Dies würde zum Bankrott der ungarischen Wirtschaft führen – und das völlige Scheitern der gegenwärtigen Regierung bedeuten. Sowohl wirtschaftlich als auch politisch wäre dies eine Katastrophe. Und ich denke nach wie vor, dass ein Abkommen mit dem IWF wahrscheinlicher ist. Aber in den letzten Wochen hat die Regierung derart irrationale Schritte unternommen, dass ich dieses nicht ausschließen kann.

Wie lange könnte sich Ungarn denn noch ohne neue Finanzspritzen halten?

Einige Ökonomen gehen davon aus, dass die Ressourcen der Regierung noch bis zum Sommer reichen. Pessimistischere Kollegen glauben, dass sie nur noch für das erste Jahresquartal ausreichen.

Orbán's Regierung war angetreten, um den Mittelstand zu stärken. Ist das geglückt?

Die Einführung der Einheitssteuer von 16 Prozent hat sich weder politisch noch wirtschaftlich auszahlt. Sie hat den Konsum nicht stimuliert, wie von der Regierung erhofft. Das Vertrauen in die Wirtschaftsentwicklung ist rapide gefallen. Es herrscht einfach eine große Verzweiflung. Fidesz hat bereits die Hälfte seines Anhangs verloren und selbst die

Stammwählerschaft beginnt sich abzuwenden: Die Mehrheit der Ungarn steht keineswegs mehr hinter der Politik dieser Regierung.

Irgendwann wird auch die Amtszeit des Viktor Orbán enden. Wie schwer dürfte es der nächsten Regierung fallen, dessen Politik wieder zu korrigieren?

Die nächste Regierung wird die Verfassung, die wichtigsten Gesetze und das schlechte Erbe von Fidesz nur mit einer Zweidrittelmehrheit ändern können. Zudem sind die Schlüsselpositionen bei allen Staatsinstitutionen auf Jahre hinaus mit Fidesz-Anhängern besetzt. Es ist zu befürchten, dass die nächste Regierung nur als lahme Ente agieren oder einen Kurswechsel nur mit Verfassungsverstößen realisieren kann. Doch der Preis dafür wäre ein verfassungspolitisches Chaos.

Das Gespräch führte Thomas Roser.

ÖKONOM UND POLITOLOGE

Forschung Peter Kreko ist Analyst des ungarischen Instituts Political Capital. Bis 2005 lehrte er an der Budapester Eötvös Lóránd University. Political Capital untersuchte in 32 Ländern den Hang zum Extremismus. Dabei hat sich laut Kreko gezeigt, dass die Offenheit gegenüber dem Rechtsextremismus in Osteuropa während der letzten acht Jahre signifikant angestiegen ist. StZ

